

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 2. Juli 2026, 17.15 Uhr, Rathaus Thun

Stadtrat

Vorsitz: Alice Kropf

SVP:

Peter Aegerter, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz
(bis und mit Traktandum 9, 19.15 Uhr), Sonja Graf, Christoph Lauener, Alex
Reymondin, Leonardo Schlatter (bis und mit Traktandum 2, 18.00 Uhr)

Grüne:

Anja Dolder-Gerhardy, Thomas Clare, Iris Lauper, Michelle Marbach, Noëmi
Porfido, Melissa Gugger, Caroline Erni, Flurin Gächter

SP:

Martin Allemann, Adrian Christen, Marianna Oesch Bartlome, Franz Schori,
Nina Siegenthaler

Die Mitte:

Müller Lara, Angelika Zimmermann

Demokratische Allianz:

Astrick Reist

FDP:

Reto Beutler, Claude Schlapbach, Markus van Wijk

glp:

Nicolas Glauser, Michael McGarty, Vanessa Meier

Parteilos:

Sandro Badertscher, Marc Fritschi, Matthias Zellweger

EVP:

Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs

entschuldigt

Stadträtinnen Mirjam Waber (EDU), Franziska Eggenberg (EDU) und
Manon Jaccard (SP)

**Anwesend
zu Beginn**

37

Gemeinderat

Vizepräsidentin Katharina Ali-Oesch (SP)
Reto Schertenleib (SVP)
Eveline Salzmänn (SVP)
Andrea de Meuron (Grüne)
Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Christoph Stalder

Protokollantin

Tanja Schoch

**Schluss
der Sitzung**

19.25 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst zur Stadtratssitzung. Sie teilt mit, dass die Fraktion FDP plus neu Fraktion FDP/DA heisst und aus den Mitgliedern der FDP sowie der Demokratischen Allianz besteht.

Der Rat wählt Vanessa Meier (GLP) stillschweigend als Ersatzstimmenzählerin, da Franziska Eggenberg (EDU) abwesend ist.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

80. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 11. Juni 2026.

Stadratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

81. Rahmenkredit Immobilienkäufe

Rahmenkredit für Immobilienkäufe in der Höhe von 50 Millionen Franken in Form einer Ausgabendelegation an den Gemeinderat. Genehmigung Antrag und Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2026

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/DA**, gibt eine Erklärung ab. Er ist erfreut über die Antwort zum Antrag, wonach vorgängig zwei unabhängige Schätzungen den «Wert» der Immobilien/des Grundstücks ermitteln sollen. Er zieht ihn zurück.

Gemeinderat Reto Schertenleib teilt mit, dass die Stadt eine nicht unerhebliche Teilnehmerin am Immobilienmarkt ist. Das muss auch so sein, damit sie sich nachhaltig entwickeln kann. Der Immobilienmarkt ist unter Druck. Die Konkurrenz ist gross. Die Stadt hat einen Nachteil gegenüber Privaten, da sie nicht kurzfristig handeln kann, da langwierige politische Verfahren durchlaufen werden müssen. Oft werden Immobilien innerhalb von Wochen oder sogar Tagen verkauft. Der beantragte Rahmenkredit gibt dem Gemeinderat nicht mehr Geld, aber mehr Handlungsfähigkeit. Innerhalb des Kreditrahmens kann die Stadt agil handeln. Die Marktposition der Stadt wird hierdurch gestärkt. Die Vorlage ist kein Blankocheck. Mit dem Rahmenkredit ist noch kein Franken ausgegeben. Es ist immer ein Gegenwert in der Bilanz. De iure ist es eine Kompetenzdelegation. Er kann verstehen, wenn dies ein schlechtes Gefühl hinterlassen kann. Faktisch werden der Stadtrat und die Stimmbevölkerung aber nicht schlechter gestellt, weil solche Geschäfte nie dem Stadtrat oder der Bevölkerung vorgelegt werden könnten. Die Stadt hat andere Verantwortlichkeiten und muss beispielsweise bei zu wenig Platz im Kindergarten hierfür ein Einfamilienhaus kaufen, obwohl dies nicht rentabel ist. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er eine übergeordnete Rolle einnehmen muss und mit dem Rahmenkredit ein Instrument erhält, das seine Handlungsfähigkeit steigert und er so seine Handlungsoptionen besser wahrnehmen kann.

Iris Lauper, **SAKO B+L**, teilt mit, dass der Rahmenkredit eine Reaktion auf den hart umkämpften Immobilienmarkt ist. In der SAKO wurde über die Höhe des Kredits gesprochen. Es wurde besprochen, ob 50 Mio. Franken ausreichend sind, da die Stadt Bern einen Kredit in der Höhe von 105 Mio. Franken hat. Auch der Prozess wurde thematisiert, wie das Geschäft in den Gemeinderat gekommen ist. Fraglich war auch, wieso der Kredit auch für Gewerbeliegenschaften genutzt werden darf. Thematisiert wurde auch der Informationsfluss, beispielsweise in die SAKO. Es ist wichtig, dass die SAKO informiert wird und die Geschäfte im Jahresbericht ausgewiesen werden. Die SAKO hat der Abstimmungsvorlage mit zwei Stimmen bei vier Enthaltungen und zwei Abwesenheiten zugestimmt.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, findet die Begründung gut. Der Stadt sind einige gute Chancen entgangen, weil die Prozesse zu langwierig waren. Der Stadtrat gibt aber teilweise seine Kernkompetenzen ab. Dies erfolgt ohne konkret definierte Parameter. Es geht um das Vertrauen in den Gemeinderat. In Thun braucht es eine starke lokale Wertschöpfung und attraktive Arbeitsplätze. Der Rahmenkredit kann diese Entwicklung fördern. Die Fraktion wird den Rahmenkredit und die Abstimmungsbotschaft annehmen.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, findet es kein einfaches Geschäft. Die Fraktion findet den Rahmenkredit notwendig und sinnvoll. Dass die Stadt an Versteigerungen nicht teilnehmen kann und nur Gebote bis 2.5 Millionen Franken machen kann, ist ein Nachteil. Mit diesem Instrument kann dieser reduziert werden. Liegenschaften sollen nur gekauft werden, wenn es einen Mehrwert bringt. Der Wortlaut ist offen, so können Immobilien für Wohnraum, die Industrie, die Bildung oder anderes erworben werden. Wichtig ist der Fraktion, dass keine Zustände wie in der Stadt Zürich geschaffen werden. Mit dem dortigen System werden Preise ins Unermessliche nach oben getrieben – insbesondere wegen der öffentlichen Hand. In Thun ist das Modell anders. Es werden keine à Fonds perdu Beträge geschaffen. Die Stadt wird nicht als systematische Käuferin auftreten. Der Rahmenkredit ist ein Werkzeug und kein Automatismus. Die Fraktion unterstützt den Antrag mehrheitlich.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/DA**, dachte zuerst positiv über das Geschäft. Der Immobilienmarkt wartet nicht auf die Stadt. Gute Chancen sind selten. Bezüglich Chancen und Zeitmanagement braucht es den Rahmenkredit. Er bietet dem Gemeinderat den notwendigen Handlungsspielraum. Sonst wird bewusst auf Einflussnahme verzichtet. Es geht darum, ob man bei der Stadtentwicklung mitwirken will. Unter Berücksichtigung dieser Argumente ist es eine klare Sache. Die Mittel des Rahmenkredits reduzieren aber die demokratischen Rechte des Parlaments und der Bevölkerung. Ein Kontrollmechanismus sollte eingebaut werden, damit der Preis marktüblich ist. Sonst hat man Verhältnisse wie in Zürich. Dies kann beispielsweise mit einer paritätischen Kommission erfolgen. Mehr Tempo darf nicht weniger politische Verantwortung bedeuten. Der Stadtrat erwartet volle Transparenz vom Gemeinderat auch betreffend Mehrwert. Die Fraktion wird uneinheitlich abstimmen.

Angelika Zimmermann, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte**, sagt, dass die Meinungen in der Fraktion auseinandergehen. Das Bedürfnis des Gemeinderates wird verstanden. Es braucht Handlungsspielraum. Das Legislaturziel ist sehr offen formuliert und nicht messbar. Ein funktionierender Markt braucht unterschiedliche Akteure. Teile der Fraktion sehen die Stadt eher als Schiedsrichterin und nicht als Mitspielerin im Immobilienmarkt. Es wird eingesehen, dass die Prozesse der Stadt teilweise zu langsam sind. Weniger Verständnis hat die Fraktion für das Argument der Baurechtsverträge. Die Fristen bei den Baurechtsverträgen sind klar und sollen frühzeitig abgeklärt werden. Der Rahmenkredit ist für 10 Jahre. Der Entscheid ist nicht nur für den heutigen Gemeinderat, sondern auch für künftige Gemeinderäte. Das Vertrauen in den Gemeinderat ist gegeben. Vertrauen ersetzt aber nicht die demokratische Kontrolle. Der Rahmenkredit darf kein Freipass sein. Die Stadt soll nur dort handeln, wo ein klarer strategischer Nutzen besteht. Es gibt einzelne Ausnahmefälle, wo ein rasches Handeln sinnvoll sein kann. Die Fraktion wird uneinheitlich abstimmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, fordert seit Jahren eine aktivere Bodenpolitik der Stadt. Er erhofft, dass dies mit dem Rahmenkredit geändert werden kann. Die Innenentwicklung, Bildung, Freizeit, Wirtschaft und der Verkehr sind wichtige politische Themen. Die Argumente des Gemeinderates sind nachvollziehbar. Die Fraktion begrüsst, dass die SAKO B+L über Vertragsabschlüsse informiert wird. Die Fraktion stimmt dem Gemeinderat zu, dass die Immobilien einen hohen Nutzen für die Bevölkerung haben müssen. Wichtig ist, dass wenn die Zeit und die Umstände es ermöglichen, die ordentlichen politischen Prozesse eingehalten werden sollen, ohne den Rahmenkredit zu beanspruchen. Die Fraktion ist einstimmig für den Rahmenkredit und die Abstimmungsbotschaft.

Sandro Badertscher (Parteilos) versteht die Argumentation des Gemeinderats. Er fragt sich, wie viel Boden verstaatlicht werden soll. Er wagt zu bezweifeln, dass die Stadt Thun noch mehr Land braucht. Die Stadt baut nicht nur kosteneffizient. Er hat keine Bedenken, dass der Blankokredit mit bestem Wissen und Gewissen eingesetzt werden würde. Die demokratischen Prozesse sind ihm aber wichtig. Er wird den Kredit ablehnen.

Nicolas Glauser (GLP) sagt, dass das Geschäft für ihn überraschend kam. Er hätte sich eine Vorinformation in den SAKOs gewünscht. Beispiele von vergangenen verpassten Chancen hätte er sich ebenfalls gewünscht. Er findet 50 Mio. Franken auf 10 Jahre einen zu hohen Betrag. Da Köniz und Bern hoch verschuldet sind, überzeugt es ihn nicht, dass in diesen Gemeinden ein solches Instrument besteht. Eine Extraschleife mit mehr Informationen wäre gut gewesen. Dies soll aber nicht als Antrag um Rückweisung verstanden werden.

Matthias Zellweger (Parteilos) stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts. Es ging zu schnell und ist zu undurchsichtig. In der Region Thun gibt es etwa 40 Marktteilnehmer, die fähig sind, über 10 Mio. Franken sofort zu investieren. Er staunt, dass die Stadt Thun eine Extrapewilligung braucht. Das zeugt von einem Misstrauen gegenüber diesen Marktteilnehmern und zeigt, dass die Stadt zu wenig gut vernetzt ist. Ein Ja zu diesem Kredit zeigt, dass die Stadt Thun mit Geld alle Immobilien erwerben kann. Es ist ein Imagethema. Den Grundsatz findet er gut. Den Vorschlag findet er zu schnell und zu grob.

Gemeinderat Reto Schertenleib versichert, dass die Stadt Thun gut vernetzt ist. Vertrauen braucht es. Die Stadt hat bisher die Schätzungen selbst gemacht. Der Stadtrat hat den Gemeinderat mehrfach gelobt dafür. Er versteht nicht, von wo nun das Misstrauen kommt. Von den Verhältnissen in Zürich sind wir weit entfernt. Dort ist das Problem, dass verschiedene städtische Fonds gegeneinander antreten und die Preise in die Höhe treiben. Dies will niemand hier. Geschäfte, über welche wir heute sprechen, würden nie in den Stadtrat kommen, wenn wir am bisherigen Setup festhalten. Es gibt also kein Verlust an demokratischen Prozessen. Beim Baurecht muss das Vorkaufsrecht innerhalb von drei Monaten geltend gemacht werden. Man tritt dann in die Bedingungen ein, die bereits verhandelt wurden. Teilweise reicht die Zeit nicht, um noch eine paritätische Kommission einzubeziehen oder ein Gutachten einzuholen. Jeder Kauf der Stadt ist strategischer Natur. Wenn möglich wird ein Kauf auf dem ordentlichen Weg gemacht. Die Transparenz ist gewährleistet, indem die SAKO B+L informiert wird. Auch im Jahresbericht wird es ausgewiesen. Ihm ist nicht klar, wie die Stadt eine Schiedsrichterposition einnehmen sollte, wie dies Stadträtin Zimmermann vorschlug. Stadtrat Glauser sollte nicht überrascht sein über das Geschäft, da es den Legislaturzielen entspringt. Verpasste Chancen gab es nicht viele. Ein Beispiel gab es am Moosweg. Das wäre ein Areal, dass für die Industrieentwicklung gut geeignet gewesen wäre. Aufgrund des Preises wollte die Stadt das Areal aber nicht erwerben. Er bittet, den Rückweisungsantrag abzulehnen und den Rahmenkredit anzunehmen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 25:9 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Der Rat genehmigt mit 25:9 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden:

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Mai 2026, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 litera c der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 4. Juli 2024, beschliessen:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 6,02 Millionen Franken (inkl. Notariats-, Grundbuch- und Geometerkosten) als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5000.007 (Bilanzkonto 14000.02.01) für den Erwerb des Grundstücks Thun 1 (Thun)-Gbbl. Nr. 5250 mit einer Fläche von 6'500 Quadratmetern.
 2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.
2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
 3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

82. Sanierung und Erweiterung Schulanlage Lerchenfeld

Verpflichtungskredit von 34'989'500 Franken. Genehmigung Antrag und Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2026

Gemeinderat Reto Schertenleib teilt mit, dass die Gebäude rund 100 Jahre alt sind. Eine Gesamtsanierung hat bisher noch nie stattgefunden. Die Gebäude entsprechen nicht mehr den baulichen, funktionalen und energetischen Anforderungen. Die Räume sind zu klein, die Turnhalle entspricht den heutigen Anforderungen nicht. Auch ist das Gebäude nicht barrierefrei. Das Quartier wächst. Die Stadt antizipiert die weitere Entwicklung mit den zusätzlichen Wohnungen vorausschauend. Das vorliegende Projekt schafft Voraussetzungen für eine zeitgemässe Schule. Auch wenn die schulischen Aspekte im Vordergrund stehen, steht das Bauprojekt für mehr als Schule. Die neue Doppelsporthalle und die Aula erweitern das Angebot für Sportvereine und das ganze Quartier. Der Grünraum bietet Begegnungsorte. Die Schule wird damit zu einem Quartierzentrum. Ebenso wichtig ist der sorgfältige Umgang mit dem baulichen Bestand. Schützenswerte Gebäude bleiben erhalten und werden saniert. Der historische Charakter bleibt bestehen. Gleichzeitig entstehen zwei Neubauten in Holzbauweise, die sich gut in das Quartier einfügen. Auch aus ökologischer Sicht setzt das Projekt wichtige Zeichen. Es geht um erhebliche Kosten von über 53 Mio. Franken. Davon würden 18 Mio. Franken sowieso anfallen an Unterhalt für die bestehenden Gebäude. Schulhäuser gehören zu den nachhaltigsten Investitionen. Die Umstände sind heute ähnlich wie vor 100 Jahren nur mit anderen Dimensionen.

Iris Lauper, **SAKO B+L**, teilt mit, dass die SAKO B+L und die SAKO BiSK das Geschäft zusammen beraten haben. Die Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler mussten in der Vergangenheit mit Provisorien arbeiten, weil die Gebäude nicht mehr den Anforderungen entsprechen. Eine Modernisierung ist dringend notwendig. Obwohl es sich um einen grossen Betrag handelt, befindet er sich im prognostizierten Rahmen. Es wird kein Luxus gebaut. Die SAKOs haben dem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Iris Lauper, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass die Fraktion erfreut ist. Der Bau ist energetisch vorbildlich und entspricht höchsten Anforderungen an die Nachhaltigkeit im gesamten Lebenszyklus. Es ist richtig und wichtig, dass die Räume klimatisiert werden können. Die enge Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt wird begrüsst. Auch ein Mobilitätskonzept ist vorhanden. Die Fraktion anerkennt, dass zirkuläres Bauen im Jahr 2017, als das Projekt geplant wurde, noch kein Thema war. Die Bildung ist und bleibt wichtig für die Bevölkerung. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit und der Abstimmungsbotschaft zustimmen.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, findet Bildung sehr wichtig. Es ist ein lebenslanger Prozess, der Perspektiven schafft. Die Fraktion unterstützt die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Lerchenfeld mit Überzeugung. Gute Infrastruktur ermöglicht eine zeitgemässe Pädagogik und individuelles Lernen. Das Bauprojekt stärkt die Tagesschule und unterstützt damit die Familien im Alltag. Bildung ist eine Investition, welche sich auf viele Arten auszahlt. Die Fraktion beantragt Zustimmung zum Kredit und genehmigt die Abstimmungsbotschaft.

Reto Beutler, **Fraktion FDP/DA**, findet die Sanierung der Schule Lerchenfeld unbestritten auch wegen den kommenden Entwicklungen des Quartiers. Jedoch kann sich der Bau einer S-Bahn-Haltstelle Thun Nord verzögern. Es ist wichtig, dass die Investition auf realistischen Zahlen basiert. Gute Schulen sind eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand. Die Fraktion unterstützt die Sanierung und erwartet, dass man die prognostizierten Kosten und Termine einhalten kann.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte**, ist erfreut, dass es keine exponentielle Kostensteigerung gab. Die Kostensteigerung war nachvollziehbar. Es gab nur eine Steigerung von 6,5 %. Die umfassende Sanierung ist notwendig. Es ist eine gute Kombination aus Neubau und Renovation. Der Blick in die Zukunft ist wichtig. Die Funktionalität steht über dem Aussehen. Eine Aussenbeschattung wäre sinnvoll. Teilweise wurde dies geplant. Eine Solaranlage an der Fassade kann die Klimatisierung ermöglichen. Die Fraktion wird den Kredit und die Abstimmungsbotschaft einstimmig annehmen.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, ist überzeugt, dass das Geld gut investiert ist. In der Fraktion gab es erstaunlich wenig Kritik. Das Projekt ist abgestimmt und die Anforderungen werden überzeugend erfüllt. Bei einem solchen Projekt muss die Planung und die Kostengenaugkeit eingehalten werden. Verzögerungen betreffen direkt die Lehrpersonen, Kinder und den Schulbetrieb. Die Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit.

Matthias Zellweger (Parteilos) stimmt dem Kredit zu. Er stellt die Frage, wie hoch die Kostenüberschreitung sein muss, damit es wieder in den Stadtrat kommt. Er beantragt, dass der Kredit als Maximalkredit gilt und dies so im Beschluss formuliert wird.

Die Stadtratspräsidentin unterbricht die Sitzung bis 18.35 Uhr.

Gemeinderat Reto Schertenleib verweist auf Artikel 68 der Stadtverfassung. Jeder Kredit ist als Maximalbetrag zu verstehen. Beträgt der Nachkredit höchstens 10 Prozent des ursprünglichen Verpflichtungskredits oder ist er gebunden, beschliesst ihn immer der Gemeinderat.

Matthias Zellweger (Parteilos) hält an seinem Antrag fest.

Der Rat lehnt den Antrag mit 33 : 3 Stimmen ab.

Der Rat genehmigt mit 35 : 1 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Mai 2026, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 2. Juli 2026, beschliessen:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 34'989'500 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5040.011 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Lerchenfeld (Kindergarten und Primarschule an der Langstrasse 47).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

2. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

83. Dringliches Postulat P 08/2026 betreffend Unterstützung FC Thun

Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte vom 30. April 2026; Beantwortung

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte**, freut sich über das, was die Stadt für den FC Thun macht. Die Leistungen sind aber mehrheitlich genereller Natur und wenig meisterspezifisch. Er fragte sich, wie man solche Leistungen ereignisbezogen unterstützen kann. Das Postulat wollte nicht, dass die Verwaltung privilegiert wird. Die Tickets könnten auch der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Für den FC Thun fehlt der Fraktion das öffentliche Zeichen. Sie stimmt der Annahme und Abschreibung zu.

Thomas Clare, **Fraktion Grüne**, findet es eine historische Leistung, die man honorieren soll. Die Frage ist, wie. Die Stadt hat den FC Thun bereits unterstützt. Die Meisterfeier war genial. 30'000 Franken hat man dem FC Thun dabei erlassen. Die Fraktion will aber kein Sponsoring. Es ist noch ein Darlehen von 300'000 Franken offen. Am besten kann man den FC Thun unterstützen, indem man Spiele besucht. Die Fraktion unterstützt die Annahme und Abschreibung.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, findet den FC Thun einen wichtigen Pfeiler für die Stadt, jetzt mit dem Meistertitel noch mehr. Es ist unbestritten, dass man in der Stadt gute Rahmenbedingungen für den FC Thun schaffen will. Der Vorschlag im Postulat wird als kritisch erachtet. Die Stadt Thun kann den FC Thun unterstützen, indem sie in die Fankultur investiert, damit der FC Thun weniger Sicherheitskosten zu tragen hat. Das Gleichgewicht muss beibehalten werden. Die Fraktion befürwortet die Unterstützung des FC Thun, aber mit Augenmass und Gleichbehandlung. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates mit Annahme und Abschreibung.

Astrick Reist, **Demokratische Allianz**, stört sich am Beispiel der Saisonkarten für die Verwaltung im Postulat. Das ist keine öffentliche Aufgabe. Es sollen keine Steuergelder dafür eingesetzt werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, stimmt der Unterstützung zu. Man kann aber nicht mit Steuergeldern Politiker in das Stadion senden. Die Unterstützung ist vollbracht. Eine jährliche Übersicht der Kosten fände er gut.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch findet die Leistung des FC Thun grossartig. Sie findet die geleistete Honorierung angemessen. Gemeinderätin Ali-Oesch liest ein Dankeschreiben des FC Thuns an den Gemeinderat vor. Sie dankt dem Stadtrat für die Annahme und Abschreibung.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte**, weist darauf hin, dass man in der Verwaltung und im Parlament die Thuner Seespiele günstiger besuchen kann und günstiger ins Strandbad gehen kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat grossmehrheitlich als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

84. Dringliche Interpellation I 06/2026 betreffend Verzögerungen bei der Gesamtsanierung Grabengut

Alex Reymondin (SVP) und Fraktion SVP vom 30. April 2026; Beantwortung

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden und verlangt keine Diskussion.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellierenden erklären sich von der Beantwortung befriedigt.

85. Motion M 01/2026 betreffend Anpassung des Stipendienreglements (SSG 438.301)

Alois Studerus (Die Mitte), Thomas Bieri (SVP), Lara Müller (Die Mitte) und Mark van Wijk (FDP) vom 30. April 2026; Beantwortung

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, ist es wichtig, dass der Stipendienfonds nicht abgeschafft oder ersetzt werden soll. Er soll gestärkt werden. Der Abschluss 2025 zeigt ein Fondsvermögen von rund 800'000. Es konnten Stipendien von 69'000 Franken ausbezahlt werden. Die Stadt zahlt jährlich 125'000 Franken ein. Seit 15 Jahren gibt es einen Ertragsüberschuss von 30'000 bis 90'000 Franken. Trotz umfangreichen Informationsmassnahmen sind weniger Gesuche eingegangen. Ein Grund dafür ist, dass die Stipendien subsidiär zu den kantonalen Stipendien gesprochen werden. Das ist auch gut so. Die Möglichkeiten sind deshalb aber beschränkt, weil meist kantonale Stipendien ausreichen. Die aktuelle Situation führt dazu, dass Gelder in einem zweckgebundenen Fonds angehäuft werden. Die städtischen Gelder können aktuell besser eingesetzt werden. Er freut sich, dass der Gemeinderat die Annahme empfiehlt. Die Fraktion findet die Motion sinnvoll und nimmt sie einstimmig an.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/DA**, teilt mit, dass die Fraktion die Motion einstimmig annehmen wird.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, findet, dass Stipendien einen wichtigen Beitrag zum Fachkräftemangel leisten. Eine Überprüfung wird als sinnvoll und notwendig erachtet. Der Vorschlag beachtet aber nur das Fondsvermögen. Nicht das Sparen steht im Vordergrund, sondern wieso nur so wenige Gesuche eingehen. Der Fonds soll zielgerichtet weiterentwickelt werden. Die Motion setzt ein Sparsignal, bevor geprüft wurde, ob der Fonds sein Potential ausschöpft. Die Fraktion lehnt die Motion ab und fordert eine umfassende und zukunftsgerichtete Revision des Reglements.

Angelika Zimmermann, **Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte**, teilt mit, dass die Fraktion die Motion unterstützt. Die heutige Situation ist nicht nachvollziehbar. Es ist fraglich, wieso die Mittel die Betroffenen nicht erreichen. Zusätzliche Mittel gibt es nur, wenn der Kanton bereits Unterstützung leistet. An Lebenshaltungskosten gibt es keine Unterstützung. Diese stellen jedoch die grösste Herausforderung für Studierende dar.

Thomas Clare, **Fraktion Grüne**, lehnt die Vorlage in der heutigen Form ab. Eine Plafonierung ist keine gute Idee, weil eine nachträgliche Aufhebung schwierig wird. Wichtig ist, dass der Fonds bekannter gemacht werden kann. Die Fraktion wünscht aber eine Überarbeitung, welche die Bekanntheit des Fonds unterstützt.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch führt aus, dass der Gemeinderat sich zu einer Prüfung bereit erklärt hat. Jede Woche im Amtsanzeiger kann man nachlesen, dass es einen Stipendienfonds gibt. Wenn Schülerinnen und Schüler die Schule beenden, erhalten alle einen entsprechenden Brief. Es wurde der Bedarf geäussert, dass die Vergabekriterien überprüft werden sollen. Sie hat diesen Wunsch gehört. Es ist

sinnvoll, wenn der Gemeinderat einen Vorschlag vorlegt, wenn das Reglement im Kanton Bern geändert worden ist. Eine Gesamtsicht ist sinnvoll und effizient. Im Kanton will man die Altersbegrenzung von 35 auf 50 anheben und den Kreis auf vorläufig aufgenommene Personen und Personen mit Schutzstatus erweitern. Die Fördertatbestände sollen ausgeweitet werden.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass es nur eine temporäre Massnahme ist, bis die Hälfte des Vermögens gebraucht ist. Bei allen Jugendlichen werden die Informationen durch die Berufsberatung abgegeben. Es macht Sinn, auf den Zug aufzuspringen und mit den Änderungen im Kanton mitzugehen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt die Motion mit 22 : 14 Stimmen als erheblich.

86. Interpellation I 02/2026 betreffend Schaffung legaler professioneller Graffiti- und Kunstwände in der Stadt Thun

Noëmi Porfido (Grüne) und Fraktion EVP/EDU/GLP vom 12. Februar 2026; Beantwortung

Noëmi Porfido (Grüne) ist mit der Antwort zufrieden und wünscht keine Diskussion.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellierenden erklären sich von der Beantwortung befriedigt.

87. Interpellation I 04/2026 betreffend flexibler Schulstart an den Oberstufen der Stadt Thun

Fraktion SP vom 26. März 2026; Beantwortung

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort zufrieden und wünscht keine Diskussion.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellierenden erklären sich von der Beantwortung befriedigt.

88. Interpellation I 08/2026 betreffend Stand der Umsetzung Postulat P 38/2022 - Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche

Noëmi Porfido (Grüne) und Fraktion Grüne vom 30. April 2026; Beantwortung

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, ist mit der Antwort zufrieden und wünscht keine Diskussion.

Stadtratsbeschluss

Die Interpellierenden erklären sich von der Beantwortung befriedigt.

89. Fragestunde F 10/2026 betreffend Elternbeiträge für Schulanlässe

Mark van Wijk (FDP) vom 29. Juni 2026; Beantwortet

Stadtratsbeschluss

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

90. Fragestunde F 11/2026 betreffend Umsetzung Postulat P 16/2025 Prüfung von Handlungsbedarf bezüglich Umgestaltung bzw. Optimierung der politischen Governance in der Stadt Thun

Mark van Wijk (FDP) vom 29. Juni 2026; Beantwortung

Stadtratsbeschluss

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

91. Fragestunde F 12/2026 betreffend Nichtdurchführung des Latinofests Thun

Astrick Reist (DA) vom 30. Juni 2026; Beantwortung

Stadtratsbeschluss

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär liest die Abschiedsschreiben von Stadtrat Sandro Badertscher (Parteilos) und Stadtrat Marc Fritschi (Parteilos) vor.

Die Stadtratspräsidentin würdigt die beiden Stadtratsmitgliedern je mit ein paar individuellen Anekdoten und sie bedankt sich bei ihnen für das Engagement. Sie und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

Die Stadtratspräsidentin schliesst die Sitzung um 19.25 Uhr.

Eingänge

- Motion M 02/2026 betreffend Wiedereinführung des Art. 8 im Abfallreglement der Stadt Thun; Anja Doler (Grüne), Caroline Erni (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion SP vom 2. Juli 2026
- Postulat P 12/2026 betreffend Unterstützung einer digitalen Erlebnisplattform für die Innenstadt Thun; Reto Beutler (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/DA, Fraktion SVP vom 2. Juli 2026
- Postulat P 12/2026 betreffend Pilotprojekt flexibler Schulstart an den Oberstufen der Stadt Thun; Fraktion SP, Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte vom 2. Juli 2026
- Postulat P 14/2026 betreffend Kultur stärken – auch ohne Titel «Kulturhauptstadt Schweiz 2030»; Nina Siegenthaler (SP), Noëmi Porfido (Grüne), Nicolas Glauser (GLP), Miriam Waber (EDU), Reto Beutler (FDP), Thomas Bieri (SVP), Sonja Graf (SVP), Fraktion SP, Fraktion Grüne, Fraktion FDP/DA vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 12/2026 betreffend Umgang mit zunehmenden heftigen Niederschlägen; Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 13/2026 betreffend Partizipation in Thun: Reichweite, Niederschwelligkeit und Effizienz; Noëmi Porfido (Grüne) vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 14/2026 betreffend 661'000 Franken Schaden aus Beschaffungsrechtsstreit — braucht Thun eine zentrale Beschaffung?; Thomas Clare (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion SP, Fraktion GLP/EVP/EDU/Die Mitte vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 15/2026 betreffend mehr Sicherheit und eine attraktive Koexistenz am Eingangsbereich im Strämu und Schwäbis; Noëmi Porfido (Grüne) vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 16/2026 betreffend Verpflegungsmöglichkeiten für Mitarbeitende der Stadtverwaltung; SP-Fraktion vom 2. Juli 2026

- Interpellation I 17/2026 betreffend Umsetzung der nationalen Kampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in der Stadt Thun; Marianna Oesch Bartlome (SP), Fraktion SP vom 2. Juli 2026
- Interpellation I 18/2026 betreffend Fäkalien-Attacke auf die Stadtbibliothek; Noëmi Porfido (Grüne), Nina Siegenthaler (SP) vom 2. Juli 2026

Die Stadtratspräsidentin



Alice Kropf

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder